

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

40 (17.2.1908)

# Der Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

**Redaktion und Expedition:** Luisenstr. 24. Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144. Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr. Redaktionschluss: 1/2 Uhr vormittags.

**Inserate:** Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

**Druck und Verlag:** Buchdruckerei Sed & Co., Karlsruhe.

**Verantwortlich für den politischen Teil, für Residenz, Legte Post, Feuilleton und Unterh.-Beilage:** H. Weißmann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

**Für den Inseratenteil verantwortlich:** Karl Ziegler in Karlsruhe.

### Zur Lage der russischen Arbeiterbewegung.

Die russische Arbeiterschaft macht momentan eine schwere Krise durch. Diese Krise ist zweifacher Natur. Zunächst ist sie eine organisatorische. Fast alle Organisationen sind zertrümmert, sowohl die politischen wie die gewerkschaftlichen und zum Teil auch die genossenschaftlichen. Die sozialistischen Komitees in allen Städten führen ein kümmerliches Dasein. Flugblätter, Versammlungen und andere Kundgebungen sind so gut wie zum Stillstand gekommen; die periodische Presse ist total ruiniert. Die Gewerkschaften sind etwas besser dran, aber auch hier sind nur Reste einer großen Bewegung zu beobachten. In mehreren Städten sind die Gewerkschaften vollkommen ausgerottet und nur in Petersburg sowie den nördlichen und südlichen Gouvernements ist noch etwas von dem alten Besitz geblieben. Die reiche gewerkschaftliche Arbeiterschaft ist verschwindend, nur ein paar Blättchen erblicken das Licht der russischen Öffentlichkeit. Die Organisationen, die früher Tausende von Mitgliedern zu verzeichnen hatten, zählen ihren Mitgliederbestand heute an den Fingern ab. Der Versuch, die Gewerkschaften insgeheim wieder aufzubauen, ist mißlungen. Solche Massenbewegungen können sich ja nicht im Verborgenen organisieren.

Zimmer noch etwas besser geht es den Genossenschaften: Sie leiden zwar an verschiedenen Schikanen, aber bis jetzt verfolgt man sie nicht in solchem Maße wie die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Die Genossenschaften machen ziemlich große Eroberungen in der Provinz und besonders unter den Bauern. In Petersburg hat der Konsumverein „Trudovoj Sojus“ (Arbeiterverein) im Jahre 1906 und 1907 einen Umsatz von 189 920 Mk. erreicht. Das Anteilkapital beträgt 155 520 Mk.

Die vorläufig noch ziemlich günstige Lage der Genossenschaften kann natürlich nicht entschädigen für die Verluste, die die Arbeiterbewegung an den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen erlitten hat. Diese Verluste sind umso schädlicher, als sie zu einer ideologischen Verwirrung in den Anschauungen, die heillose Zerfahrenheit, die in den sozialistischen Organisationen herrscht, der ewige Streit zwischen den zahllosen Fraktionen und Schattierungen des russischen Sozialismus, führten zur Diskreditierung der überlieferten Anschauungen und teilweise auch zum direkten Mißtrauen gegen jegliche Ideologie. Auf diesem Boden konnte der Anarchismus und der Syndikalismus sich ippig entfalten, und die geistige Verwirrung noch weiter zu steigern. Diese Verwirrung ist wohl das traurigste an der ganzen Krise. Denn nichts ist konservativer als die menschliche Psychologie, und es wird viel Mühe und Arbeit kosten, bis man die nebulösen und verkehrten Gedankengänge des Anarchismus, Syndikalismus und Sozialrevolutionarismus aus den Köpfen der Arbeiter vertrieben hat.

Ein Trost ist dabei, daß die Arbeiterschaft jetzt immer mehr Aufmerksamkeit der theoretischen Arbeit widmet. Zahlreiche Kurse und Vorträge, die die bürgerlichen Akademiker in der letzten Zeit überall veranstalteten, werden in der Regel von Arbeitern überfüllt. Man will lernen, man will sich orientieren, man will aus der politischen Knechtung entfliehen. Und die so zum eigenen Denken erzogenen Köpfe werden auch schon bald in der Lage sein, aus dem ihnen überlieferten Wissensstoff die Spreu von dem Weizen zu sondern. Der russischen Arbeiterbewegung fehlte es bis jetzt noch im höchsten Maße an intelligenten Kräften, die aus der Arbeiterschaft selbst kamen. Der Einfluß der bürgerlichen Intelligenz wackelte beständig über, was nicht immer vorteilhaft war. Wird jetzt eine Arbeiterintelligenz geschaffen, so wird ihr Wissen eine Bürgschaft für die Steigkeit der Bewegung sein. Die Konflikte, die zwischen der Arbeiterschaft und der Intelligenz hier und da stattgefunden haben, werden aufhören und für gefährliche avanturistische Experimente, für die die Revolutionären aus bürgerlichen Kreisen so zugänglich sind, wird sich in der Arbeiterschaft kein Platz finden. Die gesunde Entwicklung der Bewegung wird dann gesichert sein.

### Deutsche Politik.

#### Das elsässische Militär und das Wahlrecht zum Landesauschuß.

Ein Parteigenosse erhielt von seinem Freunde, der sich zurzeit auf Staatskosten ernährt, kürzlich einen Brief. Darin wird auf die Vorgänge hingewiesen, die sich in einer Garnisonstadt in Elsaß während einem der letzten Tage im Januar abgepielt hatten. Lassen wir den Briefschreiber selbst sprechen. Er schreibt u. a.:

„Ich muß Dir etwas mitteilen, was jedenfalls während Deiner Militärzeit bei Euch nicht vorgekommen ist. Am 26. Januar wurden hier einige sozialdemokratische Versammlungen abgehalten. Da hatten die Großen im Rate Angst, es würde ein Aufruhr entzünden und deshalb wurden drei Regimenter in Bereitschaft gehalten, um vielleicht — den Junkern ihr Zeug zu schützen. Einige Kompagnien gingen soweit, jedem Manne 60 — in Worten sechzig — blaue Bohlen zu geben. Auch wurden wir noch über den Waffengebrauch unterrichtet.“

Die Art, wie der Briefschreiber hier an seinen Freund berichtet, trägt nicht den Stempel der Erfindung. Am 26. Januar demonstrierten bekanntlich die elsässischen Genossen für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zum Landesauschuß. Und dabei 60 Patronen auf einen Mann?! Natürlich nur gegen den „inneren Feind“.

#### Bewegung der bayerischen Kommunalbeamten und Bediensteten.

Die Gemeindebeamten und Bediensteten in Bayern haben sich in dem Verband der gemeindlichen Verwaltungspersonals eine Organisation geschaffen, die jetzt mit einem Reformprogramm zur Verbesserung der Anstellungen, Besoldungs- und Pensionsverhältnisse hervortritt. Das Programm, das als Vorschlag für die Grundzüge einer Aenderung der Gemeindeordnung bezeichnet wird, verlangt u. a. die Beseitigung der Möglichkeit, daß die Gemeinden sich auf dem Wege des Privatdienstvertrages die nötigen Hilfskräfte verschaffen. Die Gemeinden, die dauernd eines Personals bedürfen, sollen die erforderlichen Stellen in ihren Haushaltsplan einstellen. Es wird vorgeschlagen, die Anstellung aller in dauernder Stellung genommener Beamten und Bediensteten solle, nach dem Vorbild des preussischen Kommunalbeamtengesetzes durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde erfolgen, die über alle Rechtsverhältnisse der Angestellten Aufschluß gibt. In allen Gemeinden mit über 5000 Einwohnern soll die Errichtung von Beamten- und Bedienstetenausschüssen gesetzlich vorgeschrieben werden. Nach fünfjähriger Dienstzeit soll in der Regel die Bezeichnung als „Unterbante“ erhalten. Das Pensionsrecht, das zwar in den meisten Städten schon gewährt wird, aber nur eine freiwillige Leistung darstellt, soll gesetzlich festgelegt werden. Die Staatsregierung soll eine allgemeine Pensionskasse für die Angestellten der Gemeinden errichten, die nicht schon eigene Kassen haben. Die Dienstzeit, die der Angestellte im Dienste anderer Gemeinden des Staates oder Reiches zugebracht hat, soll als pensionsfähig angerechnet werden. Ferner wird eine Verbesserung der Disziplinarbestimmungen, der Vorruhestandsverhältnisse, die Vorausbezahlung der Gehälter usw. verlangt.

**Jugendgerichtshöfe.** In der Justizkommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurde der Antrag Schiffer (mitl.) über die Einrichtung von Jugendgerichten eingehend beraten. Es wurde beschlossen, dem Hause eine Resolution des Inhalts vorzuschlagen, daß die Staatsregierung 1. im Bundesrat für die Reform des Strafrechts, des Strafverfahrens und des Strafvollzuges in Beziehung auf jugendliche Personen eintreten solle; 2. nach Möglichkeit versuchen solle, bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes in einer den bereits angestellten Versuchen entsprechenden Weise auf dem Boden des bestehenden Rechts im Wege der Verwaltung das Strafverfahren gegen jugendliche Personen auszugestalten.

### Ausland.

#### Schweiz.

**Propaganda für den Achtstundentag in der Volksschule.** Im Reithaus für „Gesundheitslehre für die Fortbildungsschule“ des Kantons Thurgau findet sich unter der Ueberschrift „Arbeitsruhe“ folgende verständige Aeußerung über den Achtstundentag:

„Fabrikarbeiter finden die beste Erholung in Garten- und Feldarbeit. Den oft mißgünstigen Bedingungen dieser Volksklassen: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung und acht Stunden Schlaf, sollte früher oder später doch entsprochen werden können, sofern die Bedingung erfüllt wird, daß die Leute ihre Erholung wirklich in der Arbeit im Freien, nicht aber im Müßiggang und bloß im Wirtshaus suchen.“

Abgesehen von dem sehr überflüssigen Zusatz, ist die Bewertung des Achtstundentags für die Arbeiter eine durchaus zutreffende. Die gewerblichen Lehrlinge in der Fortbildungsschule werden sich gerne mit diesem Gedanken vertraut machen.

### Badische Politik.

#### Zur Finanzlage in Baden.

Nach der Vergleichung der Budgetsätze und der Rechnungsergebnisse für 1907, wie solche von der Groß. Regierung nach dem vorläufigen Ergebnis aufgestellt worden ist, beträgt der Einnahme-Ueberschuß für das letzte Jahr bei der allgemeinen Staatsverwaltung im ordentlichen Etat 7 072 084,96 Mk. Der Netto-Aufwand des außerordentlichen Etats für 1907 beläuft sich auf 4 954 511,60 Mk. Nach Deduktion des letzteren verbleibt ein restlicher Einnahme-Ueberschuß von 2 117 573,36 Mk., welcher Betrag dem umlaufenden Betriebsfond zugewachsen ist. Dieser erreichte damit am 31. Dezember 1907 einen Stand von 18 572 536,37 Mk.

So also sieht die „gespannte Finanzlage“ aus. Wir haben in der verfloffenen Budgetperiode aus den Ueberschüssen des ordentlichen Etats nicht nur die zirka 10 Millionen betragenden Ausgaben des Extraordinariums bestritten, sondern darüber hinaus noch einen Ueberschuß in Höhe von rund 3 1/2 Millionen gemacht, die dem umlaufenden Betriebsfond zugewachsen wurden. Angesichts dieser Ergebnisse gehört ein gewisser Mut dazu, von einer gespannten Finanzlage zu reden. Allein man ist das ja in Baden nachgerade gewöhnt.

#### Das Reichstagswahlrecht paßt nicht für Preußen.

So sprach nicht etwa nur der preussische Ministerpräsident von Bülow im preussischen Landratsparlament, so sprechen nicht nur preussische Junker, nein es gibt auch in Baden „Politiker“, welche sich mit ähnlichen Aeußerungen im liberalen Musterstaate an die Öffentlichkeit wagen. Von vornherein muß man solchen Leuten allerdings einen Umstand als Milderungsgrund gelten lassen: Sie stehen an der Spitze des jüngst in Freiburg gegründeten konservativen Vereins. Die politischen Richtlinien dieser famosen Neuerscheinung auf dem politischen Markte Badens haben wir seinerzeit zur Genüge charakterisiert. In der letzten Monatsversammlung überraschte der erste Vorsitzende, Geschichtsprorffor Hofrat von Below die Mitglieder mit folgender Weisheit über das Reichstagswahlrecht:

Für die süddeutschen Staaten übt das allgemeine und gleiche Wahlrecht ihrer besonderen Verhältnisse halber weniger ungünstige Wirkungen aus, dagegen muß vor seiner Einführung in Staaten wie Sachsen und den freien Hansestädten dringend gewarnt werden. Vor allem aber ist die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen abzulehnen, einerseits mit Rücksicht auf Preußen selbst, andererseits erfordere dies das Interesse des Reiches.

Geschadet haben diese sonderbaren Darlegungen über eine der wichtigsten politischen Tagesfragen den Mitgliedern des Freiburger konservativen Vereins, welche sie anhören mußten, nichts. Und das ist am Ende auch etwas wert.

#### Landtagsabgeordneter Ries

erläßt folgende Dankfagung: „Den 3014 Wählern am 8. Februar allen ohne Unterschied aufrichtigen und herzlichsten Dank! Der durch den Wahlausfall so unzweideutig zum Ausdruck gebrachte Willen der Mehrheit berechtigt zu den besten Hoffnungen für die Zukunft.“

Die Monatsversammlung des demokratischen Vereins in Rastatt begrüßte in einer Resolution den liberal-sozialdemokratischen Stichwahltag in Schopheim-Schnau als gutes Vorzeichen für die nächsten Neuwahlen zum badischen Landtag und für ein ferneres Zusammengehen aller unterschiedenen liberalen und kulturfördernden Elemente.

#### Vos vom Reichsblock:

So rufen auch die Karlsruher Demokraten. Herr Landtagsabgeordneter Heimbürger äußerte sich in der am vorigen Freitag abgehaltenen Generalversammlung des demokratischen Vereins Karlsruhe über den Fortbestand der Reichskanzlerkandidatur Bülow's wie folgt: „Wir sind alle darin einig, daß uns an dem Fortbestand der Reichskanzlerkandidatur Bülow's nichts mehr gelegen ist! Wir können, wenn Bülow geht, auch den kommenden Dingen ruhig entgegensehen. Wenn auf der anderen Seite auch ein wohl gewiß ist, daß sein Nachfolger wieder eine Mehrheit mit dem Zentrum suchen wird. Aber diese Situation bringt dann doch eine parteipolitische Befreiung mit sich. Denn, wenn einmal reaktionäre Politik gemacht werden soll, so ist es für uns vorteilhafter, wenn wir an der Firma, unter

der diese Politik gemacht wird, nicht beteiligt sind. Und ob reaktionäre Regierungsmassnahmen etwas mehr nach der Zentrumsseite oder der Seite der Linken ausschlagen, kann uns gleichgültig sein, wie dem Mal in der Pflanze, ob er geistert oder gebirgt wird."

Weiden denken die Wiener und Konsorten weniger logisch und sind weniger von politischem Kleinlichkeitsgefühl befeelt, wie Herr Heimburger und seine engeren Freunde. Das schlechteste Beispiel geben in dieser Frage die Württembergischen Demokraten. Sie wurseln ruhig weiter und diskreditieren auf diese Weise die gesamte süddeutsche Demokratie.

**Zum parlamentarischen Abend des Ministers v. Marschall**

haben auch die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Einladungen erhalten. Die Fraktion hat jedoch beschlossen, den am nächsten Donnerstag stattfindenden Abend nicht zu besuchen, da Herr v. Marschall im Falle Schüffele beweisen hat, daß er die Sozialdemokratie als politische Partei nicht als gleichberechtigt anerkennt. Vor zwei Jahren hatte die Landtagsfraktion der damaligen Einladung des Eisenbahnministers Folge geleistet.

**Die Rechtskonsulenten**

haben in einer Petition die folgenden Grundzüge, welche in einer Versammlung der Rechtskonsulenten-Zinnung in Offenburg beschlossen wurden, festgelegt. Sie lehnen sich an eine von uns in dieser Sache schon veröffentlichte Zeitschrift an und lauten: 1. Die Notwendigkeit und Zuverlässigkeit der Laienvertretung vor den Amtsgerichten ist gesetzlich in den Bestimmungen des § 85 der Gewerbeordnung und den §§ 79 und 157 der Zivil-Prozess-Ordnung nicht nur anerkannt, sondern auch durch diese Vorschriften bis jetzt teilweise reichsrechtlich geregelt. 2. Diese Vertretung ist durch die beabsichtigte Aenderung der Justizgesetze und das Vorgehen verschiedener Amtsgerichte bedauerlicherweise jetzt schon bedroht. 3. Durch Befreiung der Laienvertretung vor den Amtsgerichten würde nicht nur die allgemeine Bewusstheit und vom Gesetzgeber andererseits angestrebte Vereinfachung des Prozeßverfahrens vereitelt, sondern der fast allerwärts nicht gewünschte indirekte Anwaltszwang auch bei den Amtsgerichten eingeführt und die Prozeßführung nur verteuert werden. 4. Nachdem der Rechtskonsulentenstand durch seine langjährige Tätigkeit seine Existenzberechtigung nachgewiesen hat, würde durch dessen Befreiung nicht nur die wirtschaftliche Existenz von Personen vernichtet werden, welche sich seither als durchaus geeignet zur Vertretung vor Gerichten erwiesen haben, sondern auch das rechtstuchende Publikum wäre in der freien Wahl seiner Prozeßbevollmächtigten beschränkt und an seinem Vermögen geschädigt, zumal ja auch die Rechtsanwaltschaft auf eine Erhöhung der Gebühren hin arbeitet. In Ermägung dieser Zustände ersucht die Versammlung den Vorstand, bei den berufenen Stellen dahin zu wirken, daß dem rechtstuchenden Publikum die freie Wahl zur Vertretung seiner Interessen vor dem Amtsgericht überlassen und jeder direkte oder indirekte Anwaltszwang hierbei ausgeschlossen wird.

**Staatliche Förderung der Landwirtschaft. Als Staatsbeitrag für die Rindviehvericherung sind im Staatsvoranschlag 1908/09 170 000 Mark vorgesehen. Dieser Beitrag, der bisher im außerordentlichen Etat angefordert wurde, wird nunmehr in den ordentlichen Etat eingestuft, da es sich nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen um regelmäßige Leistungen von unbestimmter Dauer handelt. Wegen Zunahme der Ortsanwaltschaften und demzufolge auch der versicherten Tiere, sowie der gesamten Versicherungssumme werden statt des Betrages von ca. 157 000 Mark im Jahre 1905 diesmal 170 000 Mark vorgesehen.**

**Badischer Landtag.**

**Zweite Kammer.**

**Das Ministerium des Innern**

hat auf früheren Landtagen stets lebhaft, oft hitzige Debatten hervorgerufen. Diesmal hat es den Anschein, als sollte sich die Debatte über das Budget des eigentlich poli-

**Zwischen den Zeiten.**

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

1) (Nachdruck verboten.)

Draußen vor dem Schützenhaus der alten Stadt G. hatte die bunte Feststadt des Schützenfestes ihre fahnengeschmückte Hofe aufgetan. Angereicht an die geräumige, aus festem Stein errichtete Schützenhalle erhob sich ein luftiges Treppen- oder Leinwandzelt neben dem andern; lunte Schilder in schreienden Farben verkündeten ebenfalls Wunder und Seltsamkeiten, und täglich von nachmittags drei Uhr bis in die Nacht ertönten die gelenden Stimmen der Marktschreier; weiterlachten Klänge zwischen Dampfseifen schrillten, die aus Schweinsblasen hergestellten Pfeifen gaben ihr ohrenzerreißendes Konzert zum besten, die Musik der Karussells tönte in das Chaos von Brautwurstschrei, Kindergeschrei und Geklingel; Dampfgeschäufeln sausten auf und nieder, Glücksräder drehten sich schnarrend, vom Schützenhaus herüber dröhnten die Schüsse der Scheibenschützen, in dichten Wogen wälzten die Festbesucher sich durch die grasbewachsenen Straßen; alle Stimmen, Töne und Geräusche vereinigten sich zu jenem unbeschreiblichen ohrenbetäubenden Gesamtgeräusch, wie es eben nur das Vogelschießen, dieses beliebte Volksfest der Thüringer, mit je nach den Anschauungen der Hörer verlodender oder abstoßender Wirkung hervorbringen vermag.

Das Fest war erst zwei Tage vorher mit den üblichen Wöllerschüssen eröffnet worden; heute lag der Platz noch in tiefem Schweigen, denn so sonnig und warm der Augustmorgen auch andrach, in der lustigen Schützenstadt führte die Abendstunde das Gold im Munde und nicht die Morgenstunde. Durch langen Schlaf bis bald in den Mittag hinein pflegten sich die Bewohner von der weit in die Nacht ausgedehnten Arbeit des Tages zu erholen, nur in einem der großen Wagen, die vielen der Schützenbürger als transportable Wohnwagen dienen, verriet ein aus der dünnen Esse aufsteigender Rauch die Spuren neuerwachten Lebens. Die kleine Tür, von welcher eine schmale Holzterrasse auf den Boden hinabführte, stand halb offen; durch die Öffnung hin-

tischen Ministeriums in einer geschäftsmäßigen Erörterung der rein verwaltungsmäßigen Arbeiten des Ministeriums des Innern erschöpfen. Die zu gegensätzlichen Erörterungen sich bietenden Fragen wurden mit Rücksicht auf die darauf bezüglichen Gesekentwürfe und Initiativanträge aus der Generaldebatte ausgeschlossen. Berichterstatter ist diesmal Herr Abg. Kopff. Derselbe beschränkte sich auf eine rein sachliche Darstellung der Budgetanforderungen und die bezüglichen Verhandlungen in der Kommission.

Herr Abg. Dr. Binz ging über die politischen Fragen kurz hinweg, um sich desto ausführlicher mit den Verwaltungsfragen zu beschäftigen. Der Polizei spendete er ein Lob, wobei er allerdings auch Gelegenheit nahm, einige bürokratische Uebergriffe einer Kritik zu unterziehen. Mit auffallender Schärfe ging der nationalliberale Fraktionschef gegen die Bestrebungen Preußens auf Einführung von Schiffsabgaben vor. Wenn die Nationalliberalen mit derselben Entschiedenheit gegenüber der politischen Reaktion Preußens Stellung nehmen würden, dann würde die badische Regierung es sich künftig sehr überlegen, ob sie zu Sandlangerdiensten Preußen gegenüber sich bereit finden darf. Preußen hat in der Tat den Versuch gemacht, sich über die klaren Bestimmungen der Reichsverfassung hinsichtlich der Schiffsabgaben hinwegzusetzen und wenn nicht so energisch gegen diese Unkerfreiheit Stellung genommen worden wäre, so hätte Preußen seine Absicht auch durchgesetzt. Sehr vernünftige Worte sprach Herr Dr. Binz über die Haltung, welche die Regierung der Presse gegenüber einnehmen soll. Der Rat, die Regierung möge nicht nervös werden, wenn die Kritik der Presse manchmal scharf und freimütig ist, war sehr am Platze. Auch was Herr Dr. Binz über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes jagte, fann man nur unterschreiben. Ueberhaupt war die Binz'sche Rede zu diesem Etat diesmal beachtenswert. Der nationalliberale Chef hielt sich von der sonst bei ihm üblichen übertriebenen Komplimentenmacherie nach der Regierungsbank hinüber fern und fand sehr liberal klingende Töne, die sicherlich drüben auf den Zentrumsbänken Vergernis und Verdacht erregten.

Das Zentrum ist trotz seiner 28 Köpfe starke Fraktion sehr arm an tüchtigen Rednern. Wenn Herr Zehner abwesend ist, muß Herr Gieseler die Rolle des Hauptredners übernehmen. Gieseler's Reden sind aber immer sehr langweilig und auch inhaltlich stehen sie weit hinter den Reden eines Zehnerbach oder Zehner zurück. Das Zentrum steht dem neuen Minister des Innern noch abwartend gegenüber. Die Attacke Zehners bei der allgemeinen Finanzdebatte möchte es am liebsten der Vergessenheit anheimgeben. Einstweilen hält es das Zentrum für gut, sich bei Herrn v. Bodman in empfehlende Erinnerung zu bringen, fernermalen ja Herr v. Bodman nicht abgeneigt ist, mit dem Zentrum eine Strede Weges zusammen zu gehen. Heute kommt der Redner der sozialdemokr. Fraktion, Abg. Pfeiffel, zum Wort.

**21. Sitzung.)**

Karlsruhe, 15. Febr.

Vizepräsident Dr. Wildens eröffnet 410 Uhr die Sitzung. Sekretär Reiff gibt die Einkünfte bekannt. Haus und Tribüne sind anfänglich schwach besetzt. Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissare.

Vizepräsident Dr. Wildens teilt mit, daß sich der Minister des Innern zur Beantwortung der Interpellationen Gen. u. Gen. betr. Arbeitskammern und Vanspach u. Gen. betr. Kohlennot bereit erklärte.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern.

Den Bericht erstattet Abg. Kopf (Zentr.): Die Zunahme der Geschäfte bedingt eine Vermehrung der Stellen. Ueberall sehen wir Mehrforderungen, was verursacht ist durch das stete Anwachsen der Bevölkerung und die Entwicklung des Wirtschaftslebens. Neu angefordert sind 80 Schulleute, darunter 22 etatsmäßige. Längere Erörterungen rief in der Kommission die Stelle eines Polizeihauptmannes in Mannheim hervor. Dem-

durch sah man eine Frau von etwa 40 Jahren vor dem in der Nähe der Tür aufgestellten Miniaturofen sitzen, eifrig bemüht, mit aller Aufbietung ihrer Lungenkraft einige auf der kleinen Feuerstätte glimmende Holz- und Brickettsstücke zu hellerer Glut anzufachen. Die Frau nahm sich in dem alten blauen Rock und der rot und weißgestreiften schmutzigen Nachjacke, die sie trug, nichts weniger als elegant aus, ihre langen schwarzen Haare fielen wirr und ungekämmt über Nacken und Gesicht herab, sodas sie dieselben alle Augenblicke mittels einer zur Gewohnheit gewordenen energischen Kopfbewegung aus dem Wege räumen mußte. Die Feueranzünderin war trotzallem niemand Geringeres als die Frau Direktorial Cavallini bulgo Köfede, die jeden Nachmittags und Abends das „Lustliebende“ Publikum als Signorina Amanda Cavallina durch ihre erstaunlichen Leistungen in der höheren Reikunst zu Entzücken und Bewunderung hinführte.

Mit bedrossener Miene ergiff sie einen großen Eimer, der neben der Tür stand, um daraus den bleicheren Kopf auf dem Ofen zu füllen. Sie fand ihn leer und der mürrische Ausdruck ihres gelblichen Gesichtes verwandelte sich auf der Stelle in eine grimme Wut.

Ein verblühener roter Vorhang teilte den Wagen in einen hinteren und vorderen Raum; aus dem improvisierten Schlafgimmer hervor drang als freundliche Morgenmusik ein trauliches Schnarchkonzert, daß die Frau Direktor, indem sie gleichzeitig einen Blick des Jornes aus den schwarzen langbewimperten Augen nach der Gegend schob, jetzt in den schrillsten Tönen großer Entrüstung unterbrach.

„Rochus — Rochus — Paulpelz!“

Das Schnarchkonzert verwandelte sich jäh in ein Solo.

„Rochus — hörst du nicht, fauler Strid!“

Einige unartikulirte Laute erklangen als vorläufige Antwort zurück.

„Wirf du aufwaschen, Junge,“ schrie die Frau Direktor von neuem, während sie zugleich nach hinten hinzeigte und mit beiden Händen kräftig an die hölzerne Wagenwand donnerte. „Alkons, Dirische, sonst will ich dir zeigen, was ne Garle ist!“

„Was ist denn Los?“ ließ sich eine schlaftrunkene Stimme hinter dem Vorhang vernehmen.

selben soll mit der den zweiten Beamten bei den Bezirksämtern zuzunehmenden beschränkten Selbständigkeit die Leitung des polizeilichen Dienstbetriebs und die Dienstaufsicht über die Schutzmannschaft anvertraut werden. In der Kommission wurden von mehreren Seiten lebhaft Bedenken gegen die Anstellung eines Polizeihauptmannes vorgebracht. Die Bedenken wurden hauptsächlich von der Regierung gerichtet. Insbesondere soll der Polizeihauptmann dem Polizeidirektor unterstellt sein und das bisherige Verhältnis der Staatsanwaltschaft, sowie der Kriminalpolizei unverändert bleiben. Die Kommission überlegte sich schließlich von der Notwendigkeit, an die Spitze eines so großen Schutzmannskorps wie in Mannheim (254 Köpfe) ein Militär-Disziplinarunterjoch zu übertragen seien. Einer eingehenden Erörterung wurden in der Kommission die Verhältnisse der Schutzmannschaft in den größeren Städten, vorab jener in Mannheim, unterzogen. Die Schulleute beklagten sich vornehmlich über zu weitgehende dienstliche Inanspruchnahme, ungenügende Diensterteilung, angeblich schlechte und zu strenge Behandlung, sowie zu weitgehende Befragungen seitens mancher Beamten. Verschiedene Wünsche gehen nach Gehaltserschöpfung Bewilligung eines längeren jährlichen Urlaubs, Erlaubnis zum Ausgehen in Zivilkleidern während ihrer freien Zeit um. Die Regierung äußerte sich zu den einzelnen Punkten. Erhebliche Mißstände liegen nach Ansicht der Kommission nicht vor. Ausfüllig sei, daß in Mannheim häufig Befragungen vorgekommen sind. Es sei zu prüfen, ob man mit der angewandten Strenge nicht etwas zu weit gegangen ist. Die Anfertigung von Dienstkleidern soll solchen Firmen übertragen werden, die Tarifverträge mit ihren Arbeitern abgeschlossen haben. Es empfehle sich auch die Arbeiten auf dem Submissionswege zu vergeben. Mit der Ueberwachung der zum Schutze von Leben und Gesundheit erlassenen polizeilichen Vorschriften im Baugewerbe durch Arbeiter habe man gute Erfahrungen gemacht. Bauaufseher aus Arbeiterkreisen sind in Freiburg, Heidelberg, Mannheim und Offenburg aufgestellt. Zwölf weitere Bezirksbauaufseherstellen sollen verstaatlicht werden. Zur Ausbildung der Gen darmen wurde in Karlsruhe eine Gendarmerschule errichtet. Jährlich werden 285 nichtetatmäßige Verwaltungskräfte auf bessere Beförderungsverhältnisse, die etatsmäßigen, 76 an der Zahl, stehen gar lange vor ihrer Verfertigung. (Siehe unseren Beizartikel: Die Axtware im neuen Gehaltsstarif, Red.) Auch die Verhältnisse der Registratorinnen lassen zu wünschen übrig. Im großen und ganzen haben wir in Baden keine Ursache, uns über die Amtsführung der Polizei zu beklagen, gleichwohl stehe sie in mancher Beziehung nicht auf der Höhe. Als Muster werde England genannt. Das Publikum sei über die bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht genügend belehrt, woraus sich die große Zahl der Polizeistrafen erkläre. Man sollte bei Uebertretungen nicht mit aller Strenge vorgehen. Redner wendet sich der Frage der Schiffsabgaben zu. Diese sei eines der traurigsten Kapitel. Jetzt endlich seien Preußen und die Reichsregierung zu der Ueberzeugung gekommen, daß in einer solchen Frage nicht vorgegangen werden kann ohne Anhörung des Reichstags und der übrigen Volksvertretungen. Wir halten nach wie vor fest an der Freiheit unserer Ströme und protestieren gegen alle Versuche, die Abgaben auf andere Weise, als ursprünglich geplant war, zur Einführung zu bringen. (Beifall.) Die Selbständigkeit der Gemeinden ist zu wahren. Der Presse gegenüber sollte man nicht gleich nervös werden; in Bezug auf die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechtes ist eine Aenderung in der bisherigen Praxis keinesfalls erwünscht. (Beifall.)

Abg. Gieseler (Zentr.) hofft, daß den Worten des Ministers des Innern, er wolle über den Parteien stehen, auch Taten folgen. Ein politisches Ministerium bestehe nicht in dem Sinne einer bestimmten Parteirichtung. Die Politik des Ministeriums muß die Sorge für das Volkswohl sein. Die politische Bestimmung dürfe bei Beurteilung der jungen Juristen, welche sich dem Beruf widmen, nicht in Betracht kommen. (Beifall.)

„Was los ist? Wieder kein Wasser hast du besorgt, erbärmlicher Nicht. Mach, daß du auf die Weine kommst, sonst helte ich nach, daß dir Hören und Sehen vergeht.“

„Ich hab's geholt,“ heulte die offenbar von einem jugendlichen Burshen herrührende Stimme, „Water hat den Eimer umgestoßen, als er gestern Abend reinkam.“

„Was hab ich?“ mischte sich ein drittes Organ in das seltsame Duett und ein langer spitzer Kopf mit einer Nase von ungewöhnlichen Dimensionen schob sich ein wenig aus den Falten des Vorhangs hervor. „Was hab ich, Mutter?“

„Den Eimer hast du umgestoßen, Meister Ungeschild,“ brumnte die Frau etwas befeuchteter, da sie sich von der Anschuld des Gegenstandes ihres Jornes überzeugte.

„Warum stellst ihn der dumme Bengel auch direkt vor die Tür,“ verteidigte sich ärgerlich der Herr Direktor.

„Jawohl, kennen wir schon,“ nickt die Frau mit einem ironischen Aufschauen. „Im Schützenhaus bist du noch gewesen — da ist wohl die halbe Einnahme wieder sitzen geblieben, he!“

„Schwach nich — traktiert ist worden — ein paar Schützenbrüder haben ein Fäßchen aufgelegt.“

„Fis auch wahr?“

„Frag Rochus.“

Rochus, der sich inzwischen aus Morpheus Armen vollends losgerungen hatte, und jetzt halbangezogen im vorderen Teile des Wagens erschien, seufzte dem Water durch ein mit einem Gähnen gemischtes Ja, und sagte lachend hinzu: „Mutter ist schlechter Laune, weil sie gestern Abend wenig Applaus gehabt hat.“

„Dummer Junge,“ zürnte die Mutter und holte zu einer gutgemeinten Ohrspeise aus, der sich der 16jährige Jüngling durch eine geschickte Tauchbewegung entzog. Dann schwang er sich mit einem Sprunge zum Eimer, hob ihn auf und floh, das Gefäß wie eine Tropfke schwenkend, obis die Treppe hinauf.

Wenns so is, mag's meinetwegen sein,“ gab Frau Köfede ihre Befriedigung zu erkennen, indem sie noch ein Wort in den Ofen schob. „Warum soll sich ein armer Teufel nich auch mal was gönnen, wenn ers umsonst hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Seite 2. Sei... mullung... ein. Er... geben... erfüllt... den, jed... ermin... klagen... werden... der Kre... nur dan... wenn es... beider... ung, die... Eintrag... im Auto... Abg... beutung... gauserb... auch in... am Sch... Sch... Mon... Die... Kar erö... Kommiss... Dr. von... Budget d... für die... gaben un... geht auf... tion vor... eines ne... ledigt er... Schaff... unterer... bürgerlic... jhm. noch... der der... des Erwa... hohes So... notwendig... ter und... bereinigt... ung befür... in seiner... fähreibe... Die... Abg... mühten... sekretär... der Beam... fassung... sekretärs... an, tatfä... nicht aus... forderlich... Redner v... dungsrefe... nehmen... Unterbear... wertenne... Zelegraph... händen le... schen sei... Portofah... Abg... für die G... für Geba... haben G... Stmarter... Bestimmung... schub. Ni... Schellenbe... bei der W... Wan verfi... nicht aus... Redner be... von Postf... Abg... für die L... schwerden... dieser ode... täten, so... die Landb... Staats... beifreitag... Stellen vo... staltbare... müsse ma... umme la... nicht gen... treibt. E... werden. E... anlassen... die Sache... hältnis so... nich gewo... brach, er... ein Artike...

... die Verwaltungsdienste widmen wollen, keine Rolle spielen. Redner tritt für Erhaltung der Filialapotheken auf dem Schwarzwald ein. Er hebt die Bedeutung der gemeinnützigen Anstalten und Vereine hervor und wünscht Erwägungen darüber, ob nicht den Polizeiorganen in größeren Städten eine Polizeiaffistentin beigegeben sei. Letzteres läge sehr im Interesse der weiblichen Beamtinnen. Auch er, Giesler, ist der Meinung, daß die Polizei eine hohe Aufgabe auf dem Gebiete der Jugendfürsorge zu erfüllen habe. Die Zahl der Schulleute müsse erhöht werden, sodann sei die Verrückung der Schulmannschaft dringend erwünscht. Durch Erfüllung dieser Forderungen würden die Klagen wegen der Diensterteilung usw. mehr und mehr beseitigt werden. Ein Polizeihauptmann in Mannheim werde gut wirken, wenn die bisherige Stellung der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei unberührt bleibt. Die Verwaltung habe nun dann ein Recht, auf dem Gebiete der Presse einzugreifen, wenn es sich um augenscheinliche Gesetzesübertretungen handelt. Redner führt aus, daß der Flaschenbierhandel in der Ausdehnung, die er heute genommen hat, demoralisierend wirke. Eine Einschränkung sei unbedingt geboten. Die Ueberschreitungen im Automobilverkehr sollten strenger geahndet werden.

Abg. Franz (natl.) wendet sich gegen eine weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe und tritt für Einschränkung des Gastwirthschafts ein. Redner bittet die Regierung, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Festsetzung der Sonntagsruhe auch in Zukunft dem Bezirksamte überlassen bleibt, da dieses am ehesten in Fühlung mit den Geschäftsleuten steht.

Schluß 1/2 Uhr.  
Montag 1/2 Uhr Fortsetzung.

**Erste Kammer.**  
(7. Sitzung.)

**Karlruhe, 15. Februar.**

Die Sitzung wird um halb 10 Uhr vom Präsidenten Prinzen Max eröffnet. Am Regierungstisch: Staatsminister v. Busch und Kommissäre. Nach Belanggabe der Eingänge berichtet Freih. Dr. von La Roche namens der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1908 und 1909, Titel 1—7, 12 und 13 der Ausgaben und Titel 1 der Einnahmen. Der Antrag der Kommission geht auf Genehmigung dieser Positionen, womit auch eine Petition von Bürgern aus Stadt und Bezirk Ettenheim, den Bau eines neuen Amtsgerichtsgebäudes in Ettenheim betr., für erledigt erklärt sein soll. Der Berichterstatter tritt u. a. für Schaffung von Jugendgerichten und Erhöhung der amtsgewaltigen Kompetenzen ein. Landgerichtspräsident Dr. Dörner bespricht in großen Zügen die Entwicklung unserer Justiz unserer Justizgesetzgebung und zeigt, auf welchen Gebieten die bürgerliche Rechtsprechung, die Zivil- und Strafprozessordnung usw. noch reformbedürftig seien. Die Frage der Jugendgerichte und der Erweiterung der amtsgewaltigen Kompetenzen sei wohl des Erwährens wert. Der Redner spendet der Justizverwaltung hohes Lob, findet aber, daß da und dort noch Verbesserungen notwendig sind; so z. B. sollten die vielen Formularien für Richter und Notare eingeschränkt, die Prüfung der Gerichtsschreiber vereinfacht werden. Der Redner kann aus langjähriger Erfahrung bestätigen, daß das Bild, welches der frühere Altmar Fr an l in seiner bekannten Broschüre von der Lage der Gerichtsschreiberbeamten entworfen hat, der Wirklichkeit nicht entspricht.

**Deutscher Reichstag.**

(102. Sitzung.)

**Berlin, 15. Febr.**

Die Beratung des Postetats wird fortgesetzt.

Abg. Rattmann (wirtsch. Ver.) meint, die bürgerlichen Rechte müßten den Beamten gewahrt bleiben. So sehe der Staatssekretär mit Unrecht eine Disziplinverletzung schon darin, wenn der Beamte mit Abgeordneten in Verbindung trete. Solche Auffassung befände eine zu große Nervosität seitens des Staatssekretärs. Das Petitionsrecht erkenne derselbe zwar formell an, tatsächlich erkenne er es aber den Beamten ab. Demgegenüber sei die Sicherstellung aller solcher Rechte der Beamten erforderlich. Es liege das auch im Interesse der Verwaltung. Redner verbreitet sich weiter über Einzelheiten in der Befolgsreform. Seine Freunde würden die Resolution Camp annehmen. Erfreulich sei die Einführung der Prüfung derjenigen Unterbeamten, die in gehobene Stellen hinein wollten. Sehr anzuerkennen sei ferner, daß durch die neueste Verordnung bereits Telegraphenarbeiter-Ausschüsse eingeführt seien. Mißstände beständen leider in dem Verkehrgewesen der Beamten. Zu wünschen sei die Einführung von 1 Kilo-Paketen zu billigerem Portofuß.

Abg. Aulerski (Pole) erklärt sich namens seiner Freunde für die Patentschutz-Resolution der Kommission. Auch für Gehaltsaufbesserung im allgemeinen seien seine Freunde zu haben. Sehr energisch müßten sie sich dagegen sträuben, daß die Ostmarken-Zulagen eingeführt würden. Das fördere nur die Behnigungs-Unfähigkeit und leiste der halatinschen Sache Vor- schub. Auch wir, bemerkt Redner dann weiter, haben eine Affäre Schellenberg, d. h. ein Briefpatte ist entlassen worden, weil er bei der Wahl für den polnischen Kandidaten gestimmt hatte. Man verstehe es bei uns überhaupt, die polnischen Beamten mög- lichst auszumergen durch Verschiebung in andere Landesstellen. Redner beschwert sich weiter über Verschleppung der Bestellungen von Postsendungen mit polnischer Adresse.

Abg. Werner (Reformp.) tritt im Gegensatz zum Vorredner für die Ostmarken-Zulage ein und bringt sodann mehrere Beschwerden von rein lokalem Interesse vor. Wenn die Beamten in dieser oder jener Frage die Unterstützung von Abgeordneten er- bitten, so sei das sehr erklärlich. Redner bittet dringend, auch die Kandidaten in gehobene Unterbeamtenstellen zuzulassen.

Staatssekretär Kräfte erklärt demgegenüber, daß die Land- besitzträger schon jetzt die Möglichkeit hätten, in die gehobenen Stellen vorzurücken. Im übrigen habe er stets bereitwilligst er- wünschbare Wünsche seiner Beamten berücksichtigt. Allerdings müsse man ihm auch selbst ein Urteil zutrauen. Zur Kinder- erziehung lasse er sich nicht herabwürdigen. Dazu sei er noch nicht alt genug. Die Einführung größerer Agenten werde ange- rufen. Ein Teil jedes Wagens könne dann als Puffer benutzt werden. Was den Fall des polnischen Briefträgers anlangt, der auslassen worden sein soll, weil er polnisch gewählt habe, so stehe die Sache so, daß in dem betreffenden Orte das Stimmenver- hältnis so war, daß nur der Lehrer oder der Briefträger pol- nisch gewählt haben konnten. Der Briefträger erklärte im Ge- wöhnlich, er habe deutsch gewählt. Nun erschien in einer Zeitung ein Artikel, in dem festgestellt wurde, daß der Lehrer polnisch ge-

wählt habe. Der Lehrer stellte Strafantrag wegen Beleidigung und der Briefträger gab zu, selbst polnisch gewählt zu haben. Die Pensionierung sei schon in Aussicht genommen gewesen, da der Mann 71 Jahre alt war.

Abg. Struve (fr. Vg.) bringt noch einmal alle die postali- schen Beschwerden vor, die bereits von den anderen Rednern behandelt worden sind. Die Unterbeamten litten schwere Not, wenn sie nur mit 10 Prozent durch die neue Vorlage aufge- bessert werden sollten. Das wäre tief bedauerlich. In dem Punkte Schellenberg könnten seine Freunde das Vorgehen der Postverwaltung nur auf das allerhöchste mißbilligen. Das einzig erfreuliche bei dieser Sache sei, daß der Leipziger Verze- Verband die Stellung gesperrt habe, sodaß es jedem anstän- digen Manne verboten sei, in die Stelle des Dr. Schellenberg einzutreten. Wie könne man überhaupt einem Manne, der für ein geringes Honorar geistig arbeiten müsse, auch nur die ge- ringste geistige Anbelohnung zumuten. In Kiel habe sich gegenüber einem Telegraphen-Sekretär Schwarz Nehliches abgespielt aus Anlaß der Stadtverordnetenwahl.

Staatssekretär Kräfte bekräftigt, daß Dr. Schellenberg ge- mahregelt worden sei. (Gelächter.) Es tue ihm leid, daß sich das Gerücht von der sozialdemokratischen Stimmabgabe des Dr. Schellenberg durch seine Schuld verbreitet habe. Er sei nur ent- lassen worden, weil sich das betreffende Gerücht in den Kreisen der Unterbeamten verbreitet habe. (Gelächter.) Jawohl, ich kann es nicht dulden, daß man in den Kreisen der Unterbeamten etwa glaubt, wir müßten gehorchen und dürfen nicht sozialdemo- kratisch wählen, die oberen Beamten dagegen können machen was sie wollen. Das allein wäre der Grund der Kündigung. Darin liege keine Maßregelung. (Erneutes Gelächter links, Bravo! rechts.)

Abg. Eichhoff (fr. Vp.): Die Erklärung des Staatssekretärs könnte seine Freunde nicht befriedigen. Die Postverwaltung hätte die ganze Geschichte als einen Keilnerinnen-Klatsch behan- deln müssen. (Sehr richtig!) Redner behandelt dann noch Fragen der Personalreform. Gegenüber den Postdirektoren, die bei dem Staatssekretär Audienz erbeten und sich zugleich an Ab- geordnete gewandt hätten, habe Ersterer gar keinen Anlaß zu Mißtrauen gehabt. Sich zu Verbänden und Vereinigungen zusam- men zu schließen, sei, wie Redner weiter ausführt, ein gutes Recht der Beamten, wenn ihnen auch ein eigentliches Koalitionsrecht, ein Streikrecht nicht zugestanden werden dürfe. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kräfte erwidert, er würde ganz damit ein- verstanden sein, wenn die Herren Abgeordneten Eingaben von Beamten an die Budget-Kommission verwiesen. Hier dagegen würden doch Urteile gefällt, die die Verwaltung gehört worden sei und da fehle den betreffenden Abgeordneten doch die Kennt- nis der Verwaltung.

Abg. v. Treuenfels (konf.) bemerkt, Herr Kopsch habe es gestern demagogisch genannt, daß der konservative Generalsekretär den Beamten sogar bestimmte Versprechungen schriftlich ab- gegeben habe. Solche schriftlichen Versprechungen mißbilligten seine Freunde natürlich, aber der Generalsekretär habe dazu auch keinerlei Grund gehabt. Redner billigt weiterhin unter Beifall der Rechten das Verhalten des Staatssekretärs im Falle Schellenberg. Ein Arzt, der sozialdemokratisch wähle, sei unge- eignet, in einem Vertrauensverhältnis zur Reichspostverwaltung zu stehen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Montag 1 Uhr. Tages- ordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß nach 1/4 Uhr.

**Aus der Partei.**

Genosse Landtagsabgeordneter Krüger schreibt uns: Der Unterzeichnede erhielt am 15. ds. Mts. in Karlsruhe eine eingehende Briefe aus Freiburg betr. Notstandsarbeiten. Der Brief trägt die Unterschrift: „Mehrere Parteigenossen“. Die betreffenden Schreiber sehe ich hierdurch in Kenntnis, daß ich, so lange sie nicht ihre Namen mir mitteilen, in dieser Sache nichts tun kann und nichts tun werde

C. Krüger.

Die Tagesordnung des sozialdemokratischen Parteitages. Unter Beugnahme auf unsere Meldung, daß sich der in Kür- berg stattfindende Parteitag voraussichtlich mit der Agrar- frage befassen werde, teilt der „Vorwärts“ mit, daß über die Tagesordnung des Parteitages noch keinerlei Beschlüsse gefaßt sind.

Weingarten, 16. Febr. Die Ausfühfung des sozialdemo- kratischen Vereins vom 15. ds. Mts. hat sich mit dem Fall Schaufelberger beschäftigt. Nach eingehender Bespredung dieser Angelegenheit hat der Ausschuß beschlossen, da der- selbe aus seiner Rechtfertigung nicht erschienen ist, denselben aus der Partei auszuschließen und ihn auszufor- dern, sein Mandat als Bürgerausschußmitglied neu zuzule- gen.

**Gewerkschaftliches.**

Schopfheim, 16. Febr. Achtung, Gipser! Wegen be- stehenden Tarifverhandlungen ist der Bezug von Gipsern nach Schopfheim und Umgebung streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung der organisierten Gipser.

Aus der Handlungsgehilfen-Bewegung. Der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig und der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband zu Hamburg, wollen sich vereinigen. Dazu bemerkt das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“: „Diese Verschmelzung dient nicht dem Fortschritt, sondern der Reaktion.“

Kampfrichtungen. Die Unternehmer des Maler- und Linder- gewerbes in Nürnberg-Fürth bereiten sich vor, einen Hauptstreik gegen die Arbeiter zu führen. Am 15. April geht der vereinbarte Tarif zu Ende und diesen Anlaß wollen die Unternehmer dazu benutzen, um den Arbeitern einen schlechteren Tarif aufzuzwingen. Schon im vorigen Herbst wurde an die Bauunternehmer ein geheimes Rundschreiben verschickt mit der Bitte, alle notwendigen Arbeiten noch vor dem 15. April aus- führen zu lassen. Jetzt ist auch an die Privatindustrie ein sol- ches Geheimzirkular ergangen, in dem mit dem Hinweis auf den Tarifablauf ersucht wird, die Arbeiten so beschleunigen zu lassen, daß sie vor dem 15. April beendet seien. Zu gleicher Zeit werden in Unterfranken und anderwärts Verbindungen anzuknüpfen gesucht, um jetzt schon Arbeitswillige zu sichern. Hinsichtlich des Zugangs von Malern und Ländern nach Nürnberg-Fürth dürfte somit einige Vorsicht geboten sein.

**Badische Chronik.**

**Bruchsal.**

16. Februar.

— Die Verteidigung bei dem Prozesse gegen den Stadtrat, den Stadtbaurat und den Baurat Gumbel in der demnächst stattfindenden Schöffengerichtssitzung wegen der Schlachthaus- neubau-Angelegenheit haben die Rechtsanwältin Kopf, Freiburg und Venedey-Konstanz übernommen. Die Verhandlung soll am Freitag, 21. Februar, stattfinden.

— Eine Wach- und Schließgesellschaft wird nunmehr auch ihren Sitz in Bruchsal aufschlagen.

— In einer der letzten Nächte wurden auf der Landstraße nach Ubstadt 30—40 junge Bäumchen abgehauen. Erst vor zwei Jahren wurde an derselben Stelle die gleiche Gemeinheit aus- geführt. Öffentlich gelingt es den Behörden, dieser Vuben habhaft zu werden, um sie mit einer exemplarischen Strafe zu belegen.

**Freiburg.**

16. Februar.

— Am nächsten Freitag findet eine außerordentliche Gene- ralversammlung des Lebensbedürfnisvereins statt. Um zu den dort zu behandelnden Fragen Stellung zu nehmen, findet morgen Abend bei Santo eine Vorbesprechung statt. Wir bitten alle politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, welche Mitglieder des Lebensbedürfnisvereins sind, morgen Abend zu erscheinen.

— Wegen dringenden Verdachts des Raubmords wurde am 7. Februar hier der Dienstknecht Otto Ludwig aus Ellig- hausen bei Kreuzlingen aufgrund eines Ausschreibens des Richteramts Frauenfeld (Schweiz) verhaftet. Es handelt sich hierbei um den an der Witwe Ludwig in Ellighausen be- gangenen Mord. Die Auslieferungsverhandlungen zwischen der Schweiz und Baden sind im Gange.

\* Baden-Baden, 16. Febr. Eine freie Birte-Innung des Amtsbezirks Baden wurde hier gegründet mit dem An- schluß einer eigenen Krankenkasse für Personal und Angehörige.

\* Reutlingen, 16. Febr. Gestern Nacht ist hier das Wohn- und Oekonomiegebäude des Josef Bart alt vollständig nieder- gebrannt. Mit knapper Not konnte sich der 80jährige Mann, der mit seinem Enkelkinde das Gebäude bewohnte, vor dem schnell um sich greifenden Elemente retten und zum Fenster hin- aus das Freie gewinnen.

\* Zell a. S., 14. Febr. Durchgebrannter Volks- bildner. Seit 14 Tagen ist der hiesige Unterlehrer aus- gerückt. Es meint ihm niemand eine Krone nach, denn er war wegen seiner allzugroßen Prügelfreundigkeit sehr unbeliebt. Wenn er nicht verschwunden wäre, hätten wir uns so wie so mit ihm nächstens befassen müssen. Dadurch, daß der eine Hauptlehrer krank ist, müssen die übrigen 2 Lehrer alle 8 Klassen unterrichten, sodaß wir zurzeit hier eine richtige Schulplamität haben. Die Kreisinspektion sollte schleunigst für einen Er- satzmann sorgen.

\* Krotzingen, 16. Febr. Infolge epidemischen Auftretens von Keuchhusten und Masern mußten die unteren Volks- schulklassen hier auf Antrag des Bezirksamtes geschlossen werden.

\* Schopfheim, 16. Febr. In Wehr ist gestern die Papier- fabrik Karl Venz fast vollständig eingestürzt worden. Mit Ausnahme des Maschinenhauses sind alle Fabrikgebäudeleiten ausgebrannt und teilweise eingestürzt. Das Wohnhaus wurde vom Brande nicht ergriffen. Ueber die Entstehung des Brandes ist uns noch nichts bekannt.

\* Lörrach, 14. Febr. Soch klingt das Lied vom braven Mann! Hermann Huber von hier, der gegen- wärtig in der ersten Kompanie des Konstanzener Regiments seiner Militärpflicht genügt, wird auch in der „Gartenlaube“ gefeiert. Das Familienblatt bringt in seiner letzten Nummer das Bild des maderen Soldaten und widmet ihm folgende Zeilen: „In unserer lästenden, unzufriedenen Zeit, in der so viele von „Entartung“ und „Verweichlichung“ unseres Volkstums gesprochen wird, ist es doppelt erfreulich, Luten zu sehen, die solchen Pessimismus Lügen strafen, die beweisen, daß es auch heute Menschen genug gibt, die das Herz auf dem rechten Fied haben, und daß Selbsten- tum, Mut und Selbstverleugnung nicht an das Kleid und den Stand des Mannes gebunden sind. Der schlichte Soldat Hermann Huber aus Lörrach, der zurzeit bei der ersten Kompanie des Konstanzener Regiments seine Zeit abtut, ist solch ein Braver, der, ohne an sich selbst zu denken, mutig das Leben für den Nebenmenschen gewagt und nicht ein, sondern fünf Menschen- leben von sicherem Tode gerettet hat. Vor seinem Dienstantritt schon war es ihm gelungen, zwei Menschen vor dem Ertrinken zu retten, drei weitere entriß er, wie schon oben erwähnt, mit eigener Lebensgefahr gelegentlich des letzten großen Konstanzener Brandes den Flammen, und zwar ein schon halb ohnmächtiges 74jähriges Mütterchen und zwei Vädtergesellen, die er vom Dach bezw. aus dem Fenster des dritten Stockwerkes trug. Vor ver- sammelter Mannschaft ward er dafür von seinem Hauptmann belobt, der auch einen Bericht ans Regiment eingereicht haben soll, um dem Waderen die Rettungsmedaille zu verschaffen; sein Name verdient auch von anderen genannt und geachtet zu werden um solcher Tat willen.“

— Einen ganz ungeheuren Preisunterschied gab es beim Neubau des badischen Bahnhofs in Basel. Zwischen dem Höchst- (Firma W. Busch-Berlin) und Niederst- gebot (Firma Hoffmann in Frankfurt a. M.) für die Tiefbau- arbeiten der neuen Bahnhofsanlagen soll ein Unterschied von sechs Millionen Mark sein.

\* Säckingen, 16. Febr. Vorgefem nahm die Staatsanwalt- schaft Waldhut die auffenerregende Verhaftung des Rechtsagenten Bölle hier vor. Bölle, der ein sehr gut gehendes Geschäft hier besaß, soll sich laut „All-Note“ in letzter Zeit verschiedene Veruntreuungen haben zu Schulden kommen lassen.

\* Markdorf, 16. Febr. Heute früh 4 Uhr brach hier im Laden des Kaufmanns Fr. Schumacher Feuer aus. Die Waren wurden größtenteils durch Feuer oder Wasser zerstört. Es heißt, daß ein Einbruch verübt worden sei und der Täter den Brand gelegt habe.

\* Vom Bodensee, 15. Febr. Der Untersee ist seit Donners- tag zugefroren, so daß die Dampfschiffahrt unterbrochen werden mußte. Den Fischern kommt diese neue Vereisung sehr unan- genehm, da in diesen Tagen mit der Zuggarn-Fischerei begonnen werden sollte.

Weinheim, 14. Febr. Aberglaube. Wie tief der Aberglaube und der Glaube an Hexen noch im Volke wurzelt, zeigt ein Vorfall im benachbarten Sulzbach. Der Milchhändler Sauer mann behauptet, daß es in dem von ihm bewohnten Hause nicht „richtig“ sei. So oft die Laterne auch in Ordnung gefehlt sei, finde er den Dacht wieder herausgedreht. Die Milchfannen würden „unsichtbar“ durcheinander oder auf den Mist geworfen, Mauersteine würden herabgeworfen, usw. usw. Er glaubt absolut nicht, daß der Urheber dieses „Hexenspiels“ ein Mensch von Fleisch und Blut sein müsse. Sein Kind, ein „Weißnachtskind“ es ist am 25. 12. geboren habe allerhand merkwürdige Fiebererscheinungen. Wir leben also doch noch in einer Zeit, wo in Bezug auf Aberglauben noch ganz Anständiges geleistet wird; freilich meistens von jenen „Gläubigen“, denn der „Aberglaube“ ist der Stiefbruder des „Glaubens“; beide gedeihen auf einem Holz.

Eine Ente. Auswärtigen Blättern geht aus Forstheim folgende Nachricht zu: Vor einigen Monaten hatten in einer Bijouteriefabrik zwei Lehrlinge 30 000 Mark fremder Gelder sich angeeignet. Die beiden wurden in Nairo verhaftet, nachdem sie schon eine größere Summe des unterschlagenen Geldes verbrennt hatten. Daran ist nach dem „General-Anzeiger“ wahr, daß ein Kaufmannslehrling und ein Schüler einer hiesigen Mittelschule, die am 27. Januar von hier durchgebrannt sind, aus Nairo von sich hören ließen, daß sie dort auf dem Trockenen sitzen. Mit Einwilligung ihrer Eltern bleiben sie bis auf Weiteres in Nairo, wo sie tätig sein werden. Zu ihrer Reise hatten sie keine fremden Gelder benützt und nur ihre Sparlaffen geleert. Von den beiden Kaufmannslehrlingen, die im Sommer nach Unterschlagung von 15 800 Mark (nicht 30 000 Mark) flüchtig wurden, hat man dagegen keine Spur.

Kommunalpolitik.

Forstheim, 14. Febr. Seit 14 Jahren spricht man hier in unserer verkehrsreichen Industriestadt von der Notwendigkeit elektrischer Straßenbahnen, aber erst in den nächsten paar Jahren wird man zu dem Ziel kommen und zwar mit unerschwinglichen Opfern. Die Stadt hat nämlich vor sieben Jahren der badischen Lokaleisenbahngesellschaft erlaubt, ihre Züge mit Dampflokomotiven von Ettlingen her bis ins Herz der Stadt auf den Leopoldplatz zu führen. Für die Erstellung städtischer elektrischer Straßenbahnen erwies sich dies bald als ein schweres Hemmnis. Es bleibt nichts übrig, als die Gleise anzulassen, da gerade der Straßenzug, den die Gesellschaft vom Leopoldplatz bis Brödingen (ca. 3 Kilometer) benutzt, von der Stadt am notwendigsten gebraucht wird. Nun hat also der Stadtrat durch Vertrag von der Gesellschaft für die Summe von 180 000 Mark die eingleisige Anlage vom Leopoldplatz hier bis nach Brödingen erworben, um sie zweigleisig für elektrischen Betrieb umzubauen und im Laufe der nächsten zwei Jahre weitere elektrische Linien in der Stadt anzuschließen. Der badischen Lokaleisenbahngesellschaft bleibt dabei aber das Recht, noch morgens und abends, wenn der Hauptverkehr stattfindet und auch das meiste verdient wird, mit ihren unerquidlichen Dampflokomotiven von Brödingen bis an den Leopoldplatz in die Stadt hineinzufahren, so lange ihre (lange laufende) Konzession dauert. Der Kaufvertrag bedarf noch der Genehmigung des hiesigen Bürgerausschusses, dessen Sitzung am 24. Februar interessant werden wird.

Genossenschafts-Bewegung.

Trieberg, 13. Febr. Das Geschäftsergebnis des hiesigen Konsumvereins für das zweite Semester (1. Juli bis 31. Dezember) 1907 kann als günstig bezeichnet werden. Die Mitgliederzahl ist von 379 auf 508 gestiegen. Dies kommt auch in dem Mehrumsatz von Waren zum Ausdruck, der in der genannten Zeitperiode im eigenen Geschäft 61 821 Mark, bei den Lieferanten 28 367 Mk., zusammen 90 188 Mk. betrug, mithin ein Mehrumsatz von 18 986 Mark gegenüber dem vorigen Halbjahr zu verzeichnen ist. Die Aktive und Passiva balanzieren mit 80 494,25 Mark. An Rückvergütung an die Mitglieder wurden aus dem eigenen Geschäft 5 583,89 Mark oder 9 Prozent, bei Lieferanten 1 134,68 Mark, das ist 4 Prozent, gewährt. Abgeschrieben wurden, nebst Zuwendung zum Reservefond und Dispositionsfond 1500 Mark, sodas noch auf neue Rechnung 591,06 Mark kommen.

Durch den Geschäftsaufschwung mußte auch eine Leigknetmaschine mit Elektromotor angeschafft und Telephonanschluß bewirkt werden.

Der Verein, der Mitglied des Verbandes Süddeutscher Konsumvereine ist, ist auch bei der Großverkaufs-Gesellschaft in Hamburg mit 681,80 Mark beteiligt. Von dorten wurde im Jahre 1907 für 83 471 Mark Waren bezogen.

Neues vom Tage.

Wittingen, 15. Febr. Die Witwe Bornemann in dem benachbarten Grono beging kürzlich ihren 100. Geburtstag. Diese alte Dame ist nun auch infolge einer Seltenheit, als sie in ihrem langen Leben niemals auf der Eisenbahn gefahren ist. Ihre größte Reise hat sie vor 22 Jahren unternommen, als sie die etwa acht Stunden weite Strecke nach Kassel hin und zurück zu Fuß durchmachte.

Berlin, 15. Febr. In der Friedberg-Affäre sind heute in Charlottenburg vier weitere Verhaftungen erfolgt. Drei Damen der Lebenswelt und ein Herr aus Charlottenburg wurden unter dem Verdacht, mit dem flüchtigen Bankier in Verbindung gestanden zu haben, festgenommen.

Gegen den Privat-Oberförster Lewandowski, der im vergangenen Herbst in der Wohnung seiner Gattin den Leutnant Schmidt-Wilsch bedrängte, wird nunmehr die Anklage wegen Lauserschlags erhoben werden.

Milano, 15. Febr. Unweit Como wurde die schrecklich verstümmelte Leiche eines gewissen Forlani, eines Wirtschaftsbearbeiters des Ministers Tittoni aufgefunden. Da bei ihm nur wenige Axtspäne vorgefunden wurden, während er eine bedeutende Summe besitzen sollte, wird von der Behörde ein Eisenbahnmord angenommen.

Kentucky, 15. Febr. Durch einen Unfall wurden in den Staaten Texas und Alabama schwere Verwüstungen angerichtet. In letzterem Staate wurden die Städte Roso und Nohville vollständig zerstört.

Wieder ein Prügelpassage. Wie bürgerliche Blätter berichten, ist in dem Städtchen Holfeld in der Fränkischen Schweiz die Schülerin Köhner, während sie von dem Kantor Deuerling gele-

führt wurde, tot zusammengebrochen. Wahrscheinlich ist der Tod infolge eines durch den Schrecken verursachten Herzschlags eingetreten.

So enden die Kämpfer fürs teure Vaterland. Ein Kriegsveteran von 1866 und 1870/71 wurde dieser Tage als Gemeindegemeinderat im Pferde stall eines Bauern in Reichsdorf (Niederrhein) tot aufgefunden. „Er wurde beerdigt“, berichtet kurz die bürgerliche Presse und sie hält es nicht einmal der Mühe wert, nur seinen Namen zu nennen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 17. Febr.

Der Gehaltsstarif.

Die vereinigten Hochpartei haben auf Sonntag, den 23. Februar, im hiesigen Colosseum eine Versammlung einberufen, in welcher die gesamte Beamtenschaft der Residenz zum neuen Gehaltsstarif Stellung nehmen wird. Als Redner fungieren die Abg. Dr. Winz und Fröhlich.

Arbeiterdiskussionsklub.

Dienstag den 18. Februar, abends halb 9 Uhr pünktlich beginnend, hält Herr Schriftsteller Albert Geiger einen Vortrag über: „Gans Thoma, ein deutscher Maler“. Mit dem Vortrag ist eine Ausstellung von Originalradierungen und Originallithographien und Kunstbrüden (etwa 180 Kunstblätter), die eine Vorstellung von dem gewaltigen Schaffen Thomass bieten werden, verbunden. Die Kunstblätter sind größtenteils aus dem Besitz von Herrn Prof. Thoma, teilweise sind sie von Herrn Onken, dem Inhaber der Kunsthandlung Velten, zur Verfügung gestellt. — Der Eintritt ist frei. Gäste, besonders aus dem Arbeiterstande, sind willkommen. Da selbst der große Saal des Gemeindehauses (Blücherstraße 20) voraussichtlich überfüllt sein wird, so bleibt die vordere Hälfte der Striben für die Mitglieder bis kurz vor Beginn des Vortrages vorbehalten.

Der zweite städtische Maskenball.

gezeichnete sich von seinem Vorgänger in der diesjährigen Karnevalssaison sowohl durch einen erheblich stärkeren Besuch als durch größere Originalität der für die Prämierung in Betracht kommenden Masken aus. Fröhlicher, urwüchsiger Faschingshumor war wie immer, recht spärlich vertreten. Namentlich bei den Damen wird viel mehr Wert auf karnevalistischen Brunn als auf die Originalität des Faschingshumors gelegt. Besser kam derselbe diesmal bei den Herrenmasken auf seine Rechnung. Die Gruppen waren verhältnismäßig schwach vertreten und keiner lag eine Idee zu Grunde, die man mit Fug mit dem 300 Mark-Preis hätte prämiieren können. Immerhin hatte das Preisgericht keine leichte Aufgabe zu lösen. Das Resultat der Preisverteilung gestaltete sich wie folgt:

Damenpreise:

- 1. Preis: 100 Mark in Gold, bar: „Weißentraub“, 2. Preis: 60 Mark in Gold, bar: „Soubrette Phantasie mit gelb“, 3. Preis: 40 Mark in Gold, bar: „Indische Schlangenzauberin“, 4. Preis: Goldene Remont.-Uhr: „Frühlingszeit“, 5. Preis: Goldenes Kettenarmband: „Zukunftige Mode“, 6. Preis: Goldene Fächerlette: „Besuch aus Peking“, 7. Goldene Brosche: „Chansonette schwarz“, 8. Preis: Gold. Collier: „Libelle“, 9. Preis: Opernglas: „Indianerin auf der Jagd“, 10. Preis: Goldener Ring: „Schulmeisterin“.

Herrenpreise:

- 1. Preis: 100 Mark in Gold, bar: „Gerechtigkeit, Hony soi qui mal y pense“, 2. Preis: 60 Mark in Gold, bar: „Nathan der Weise“, 3. Preis: 40 Mark in Gold, bar: „Der Preisel“, 4. Preis: Silberne Ankeruhr: „Nasentönig“, 5. Preis: Ein Paar goldene Manschetten-Anöpfe: „Morgenländischer Schäfer“, 6. Preis: Goldene Busenmadel: „Gaisbube“, 7. Preis: 10 Mark in Gold: „Pan im Busch“, 8. Preis: 10 Mark in Gold: „August“, 9. Preis: 10 Mark in Gold: „Osterhase“, 10. Preis: 10 Mark in Gold: „In gehobener Stellung“.

Gruppenpreise:

- 1. a) Preis: 150 Mark in Gold, bar: „Buschgruppe“, 1. b) Preis: 150 Mark in Gold, bar: „Japanische Gaukler“, 2. Preis: 100 Mark in Gold, bar: „Heimkehr von der Mannheimer Ausstellung 1907“, 3. Preis: 50 Mark in Gold, bar: „Schluß der Pfingstferien“.

Gilzüge zwischen Heilbronn und Karlsruhe.

Auf eine Eingabe bei der kgl. württemberg. Staatseisenbahnen ist beim Gemeinderat in Eppingen folgendes Antwortschreiben eingelaufen: „Die Einlegung von Gilzügen zwischen Heilbronn-Karlsruhe ist von uns bei Großh. bad. Eisenbahnverwaltung schon wiederholt, aber bis jetzt vergeblich, angeregt worden. Wir würden es nur begründen, wenn eine Verbesserung der Verbindung zwischen Karlsruhe und Heilbronn-Nürnberg hierdurch erzielt werden könnte.“

Bewerbe- und Industrie-Ausstellung.

Mit den Arbeiten für die im Jahre 1910 hier stattfindende Badische Handwerker-, Gewerbe- und Industrie-Ausstellung wird in nächster Zeit begonnen werden. Die Ausstellung soll sämtliche bisher in Baden veranstalteten ähnlichen Veranstaltungen an Umfang und Reichhaltigkeit übertreffen. Es ist geplant, auf dem Ausstellungsplatze eine vollständige Handwerker-Stadt zu errichten, in der nicht nur sämtliche Gewerbe vertreten sein werden, sondern die auch mehrere in einer selbstständigen Gemeinde unentbehrlichen öffentlichen Gebäude aufzuweisen hat. Die Ausstellung wird im Frühjahr 1910 eröffnet werden und bis zum Oktober dauern.

Wie sollen Schutzleute mit dem Publikum verkehren?

Eine beachtenswerte Dienstanweisung für die Polizeibeamten, die in manchen Punkten auch von großstädtischen Polizeibehörden noch mit Erfolg studiert werden kann, hat kürzlich der Bürgermeister Solban in Zallikau erlassen. Es heißt darin: „Die Polizeibeamten sollen gegen das Publikum höflich und zuvorkommend auftreten und sich jeder Belästigung desselben durch Kleinlichkeit, unnötige Strenge oder durch Einmischung in Angelegenheiten, die den Dienst nicht berühren, grundsätzlich enthalten. Die Polizeibehörden sollen sich bei allen Gelegenheiten

klar machen, daß sie zum Schutze des Publikums berufen sind; sie sollen ihre Tüchtigkeit nicht durch Erkattung vieler Anzeigen von Uebertretungen beweisen, sondern dadurch, daß sie das Publikum möglichst vor solchen warnen, und davon zurückhalten. Sie werden immer richtig handeln und sich die Achtung des Publikums erwerben, wenn sie diesen Grundsatze zur Richtschnur ihres Verhaltens machen. Der Polizeibeamte soll stets die Frage prüfen, ob Mangel an gutem Willen oder aber eine vermeintliche Ueberrücklassung bestehender Vorschriften vorliegt. Namentlich da, wo es sich um geringfügige Uebertretungen handelt, und ein Schaden dadurch nicht entstanden ist, wird häufig ein Hinweis auf die Strafbarkeit der Handlung oder Unterlassung genügen. Wenn aber ein nachdrückliches Einschreiten des Beamten erforderlich wird, so darf sein Benehmen bei aller Entschiedenheit niemals anmaßend, schroff oder verletzend werden. Unter allen Umständen muß der Beamte sich aller Nebenarien enthalten, da hierdurch nur Widerreden und Weiterungen hervorgerufen werden. Körperlicher Zwang ist nur im Falle dringender Notwendigkeit und dann nur schonend und mit Mäßigkeit anzuwenden. Namentlich bei der Behandlung betrunkener und weidlicher Personen ist die größte Vorsicht geboten. Erfahrungsgemäß folgt das Publikum den polizeilichen Anordnungen bereitwilliger, je höflicher, ruhiger und maßvoller der Polizeibeamte auftritt, denn Energie ist keineswegs gleichbedeutend mit Grausamkeit und Härte. In zuvorkommender und höflicher Weise sachgemäßer Auskunft an das Publikum soll der Polizeibeamte ein vornehmes Mittel sehen, den guten Ruf seines Standes aus über die Grenzen der Stadt hinaus zu verbreiten und zu fördern. Wenn der Polizeibeamte sich dann steter Hilfsbereitschaft, namentlich Frauen, Kindern, geistlichen oder verunglückten Personen gegenüber befehligen, wird er sich dadurch das Entgegenkommen der Bürgerschaft für solche Lagen sichern, in denen eine Unterstützung ihm nur willkommen sein kann.“

Der Verein Volksbildung. Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr, findet im groß. Hoftheater eine Vorstellung statt und zwar die Oper „Regimentsstücker“. Die persönlichen Mitglieder haben hierzu das Vorrecht. Karten hierzu werden Dienstag, den 18. Februar, abends von halb 9 Uhr bis 10 Uhr in der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei, Karlsruherstraße 14, 2. Stock, verkauft. (Preise: 1 Mk., 80 Pf., 60 Pf., 40 Pf., 30 Pf., 10 Pf.) Nur gegen Vorgeigen der neuen Mitgliedskarte (gelb) sind Theaterkarten erhältlich. Abgegebenes Geld ist mitzubringen.

Wegen Erkrankung von Fritz Herz und andauernder Unpäßlichkeit von Ida von Westhofen war folgende Aenderung des Spielplans erforderlich: Dienstag, den 18., statt „Gans Heiling“, „Der Barbier von Sevilla“, Freitag, den 21., statt „Das vierte Gebot“, „Hänel und Gretel“ und am Sonntag, den 23. statt „Die Fledermaus“, „Die Jamboree“. Der für die Spielplan bleibt unberührt. Die Abonnementsnummern für die ganze Woche haben eine Aenderung nicht erfahren.

Im städtischen Bierordnbud wurden im vorigen Jahre verabreicht 133 146 Schwimmbäder, 15 095 Heißluft- und Dampfbäder, 1568 elektrische Heißbäder, 44 658 Wannenbäder, 478 Kohlenföhrbäder, 6179 Kurbäder, im ganzen 201 114 Bäder, das sind 14 Bäder weniger als im Jahre 1906. In den obigen Zahlen eingerechnet sind die zum ermäßigtem Preise abgegebenen Bäder (Volksbäder) und zwar 28 684 Schwimmbäder, 1564 Heißluft- und Dampfbäder und 6 152 Wannenbäder. Die Gesamtzahl dieser Bäder im Vorjahre betrug 34 784. Die Zahl der an hiesige Volksschüler zur Erlernung des Schwimmens abgegebenen Bäder beläuft sich auf 8488 gegen 2 977 im Vorjahre, die Zahl der Schwimmlehrer, die unentgeltlich unterrichtet wurden (Volksschüler) 380 gegen 334. Die Gesamteinnahmen aus der Badeanstalt im vergangenen Jahre betragen 91 880,37 Mark, die Gesamtausgaben 89 711,41 Mark, der Betriebsüberschuß somit 2 168,96 Mark. Der im Vorjahre der Stadtkasse vorgelegene Zuschuß an das Bierordnbud im Betrage von 12 000 Mark war nicht zu leisten.

Schulfragen. Hauptlehrer Emil Wunsch an der Volksschule wird anstelle des verstorbenen Hauptlehrers Ott zum Lehrer an der Anabensfortbildungsschule ernannt. — Der Oberschulrat wird ersucht, der hiesigen Volksschule auf Ostern ds. Jz. 22 weitere Lehrkräfte (12 evangelische und 10 katholische) zuzuwenden. — Die Hauptlehrer Michael Weger und Wilhelm Steinhilber werden zu Leitern des auf Ostern ds. Jz. im neuen Guttenberg-Schulhaus an der Goethestraße zu eröffnenden (7.) Schülerhortes (3. Anabensfortes) ernannt. — Wegen Besetzung der durch das Ableben des Hauptlehrers Albert Ott erledigten Stelle eines Hauptlehrers an der Volksschule wird Vorschlag an die Preiserschulvisitation nach Antrag der Schulkommission gemacht. — Im Neubau der Guttenberg-Schule an der Goethestraße, der zu Ostern ds. Jz. bezogen werden soll, wird auch eine Ueileilung der Anabensfortschule untergebracht werden. — Die Stelle eines dritten Sekretärs beim Volksschul-Rektorat wird dem Verwaltungsrats-Aktuar Karl Hebeisen aus Karlsruhe, zurzeit beim Bezirksamt Säckingen, zunächst probeweise übertragen. — Die Stelle eines Schuldieners an der neuen Volksschule an der Goethestraße wird statt dem Feldwebel Adam Pfeil beim Leibgrenzregiment, der auf den Posten verjüngt hat, dem Viegefeldwebel Karl Müller im 3. Badischen Infanterie-Regiment in Raftatt, vorerst des-juchweise, übertragen.

Die Abholung von Paketen aus der Wohnung. Nach Mitteilung der Postämter ist darauf hinzuweisen, daß die Postpaketbesteller verpflichtet sind, innerhalb der Häuser selbst, welche sie zum Zweck der Bestellung betreten, als auch an denjenigen Stellen, wo ihr Fuhrwerk hält, Pakete ohne Wertangabe vom Publikum unter Erhebung einer Gebühr von 10 Pf. für das Stück entgegenzunehmen und beim Postamt abzuliefern. Wünschen die Aufgeber die Pakete zu frankieren, so wird das franko, wenn solches dem Postboten bekannt ist, gleich bei der Annahme, andernfalls bei der nächsten Umfahrt erhoben. Die Abholung von Paketen aus der Wohnung kann auch schriftlich beim Postamt beantragt werden; hierzu sind zweifachig Postkartenformulare, die an den Posthaltern zu 5 Pf. für je 10 Stück käuflich sind, zu verwenden. Für derartige Briefschreiben oder Postkarten kommt eine Gebühr nicht zur Erhebung; sie können in die Briefkästen gelegt oder den bestellenden Boten mitgegeben werden.

Straßenbahn. Die Straßenbahnhaltestelle an der Hebelstraße wird auf die nördliche Seite des Rondellplatzes verlegt. — Vom Rheinhafen. Der von der Direktion des städtischen Wasserwerks im Benehmen mit dem städtischen Hofenamt aufgestellte Plan für die Gestaltung der Wasserguleitung in der Umgebung des projektierten Nordbeckens des städtischen Rheinhafens, die einen Kostenanwand von 64 450 Mark verursacht, wird zur Ausführung genehmigt.

(Weiterer Text auf Seite 7.)

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund



Deutscher Metallarbeiterverband Karlsruhe.

Todesanzeige.

Wir machen unseren Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege Friedrich Blach, Dreher, nach langer Krankheit im Alter von 23 Jahren gestorben ist.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine Frau, Schwägerin, Tante und Schwester Marie Kernberger, geb. Granet, nach langem Leiden, Samstag den 15. Februar, abends 8 Uhr, gestorben ist.

Arbeiter-Diskussions-Club.

Dienstag den 18. Februar 1908, abends halb 9 Uhr, pünktlich beginnend, im großen Saale des Gemeindehauses, Blücherstraße 20,

XVII. Vortragsabend.

Thema: Hans Thoma, ein deutscher Maler. Redner: Herr Schriftsteller Albert Geiger. Eintritt frei. Gäste, besonders aus dem Arbeiterstande willkommen.

Verband der Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Samstag den 22. Februar, abends 8 Uhr, findet im Saale, Restauration zum „Goldenen Kopf“ (Markgrafenstraße) unser diesjähriges

Kostümfest

verbunden mit Ball und Preisverteilung statt. Prämiert werden die schönsten und originellsten Herren- und Damenmasken. Die hiesigen Gewerkschaftsmitglieder, sowie Freunde und Gönner unseres Verbandes sind höflichst eingeladen.

COLOSSEUM

Viertes Elite-Programm in dieser Saison. Vom 16. bis inkl. 29. Februar 1908.

Mik Vany, Kontorfonist. — William Schuff, Klavierhumorist und Improvisator. — Therese Schuff-Delina, in ihren humoristischen Gesangsvorträgen.

Kolosseum, Freiburg

beim Martinstor. Programm vom 16. bis inkl. 29. Februar. In jeder Vorstellung 15 Marokaner 15

größte und beste Arabertruppe der Welt. ? Stuart ? Alfred und Siegrid Nöh, Weltmeisterkämpfer auf Kollschlittschuhen, 270 Ehrenpreise und 48 Medaillen.

Fel. Armand, Violinvirtuosin. Ferner die anderen neuauftretenden Künstler u. Künstlerinnen, sowie Kinematograph in höchster Vollendung.

Fahrnis-Verkauf.

10 Betten, darunter Herrschafts- und Dienstbotenbetten, Kinderbettstellen, komplette Schlafzimmer-Einrichtung, Kommode, Schreibkommode, Divan, Kanapee, Küchenschränke, Tische, Stühle, Nachttische, Waschtische, Kleiderchränke, Ausziehtisch, Regulatore, Pianino, Schneidernähmaschine, für Sattler: ein Stummelstock und Ledernähmaschine, 2 Chaifen-Geschirre und sonstiger verschiedener Hausrat.

Heinrich Karrer,

Feuerficheres Lagerhaus zum Aufbewahren von Möbeln etc. Karlsruhe-Mühlburg, Philippstraße 19. Telefon 1659.

Antonius Stradivarius Cremonensis, Faciebat anno 1729 zu verkaufen, Wilhelmstr. 5, St. 2 Treppen.

Schäfe hund. schottl. Pjäh. (weibl.) zu annehmbar. Preise zu verkaufen Durlacher Allee 22, St. 2.

Maskenkostüme. Tyroler. Schützenjäger, Matrosin, Clown usw., Durlach, Lammstr. 16, 2. St.

Maskenkostüme. jeal Art. u. Kinderkleidchen werd. billigst angef., Rudolfstr. 17, 5. St.

Angestaubte Artikel sowie Reste und Restbestände sämtlicher Abteilungen gelangen Montag Dienstag Mittwoch zu enorm billigen Preisen zum Verkauf.

Table listing various goods and their prices, including Leibwäsche, Reste und Coupons, Gardinen, etc.

Hermann Tietz.

Abschlag! Delikatess-Sauerkraut mageres Dörrfleisch Pfannkuch & Co.

Kaundenhalle große feiner, zerlegbar, und 2 mit je 2 Hähnern, sind billig zu verkaufen.

An- u. Verkauf getragen, gut erhalten. Herren- und Damenkleider, Schuhe und Stiefel.

Grosse Ersparnis! Flüssiger Kaffee, garantiert reiner Kaffee in flüssiger Form.

Schuhsohlerei empfiehlt sich dem titl. Publikum.

Erwartete Gewinne und Lizen sind endlich da. Empfehlung nun demnachst spielende Bad. Kreuz, Berliner, Luftschiffer, Einshelmer, à 1 M.

Carl Götz Sebelstr. 11/15, Karlsruhe Ein Kunstwerk! sind lange Strawatten aus Glas-

Josef Neumann, Friedrichswald bei Gabelng in Böhmen. 843

Ngartenstr. 30 a, 3. Stod, ist ein möbl. Zimmer zu vermieten.

Erste Karlsruher Masken-Garderobe Verleih-Anstalt A. Herrmann, Waldstr. 38, zwischen Kaiser- u. Erbprinzenstr.

Sanften langanhaltenden Schnitt hat meine Spezialmarke „Hummel-Nahtmesser“.

Wilh. Eckert, Uhrmacher, Marienstr. 20, neb. dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in Taschen- u. Wanduhren.

Für Bräutel Wer gute und preiswerte Brautkleider, Tüll- und Spitzkleider kaufen will, bemühe sich.

Hosenträger erstklassiges Fabrikat sowie sämtliche Lederwaren empfiehlt in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Waldstraße 32, vollständig neu hergerichtete Seitenbauwohnung, drei Zimmer, Küche, Keller, Gas, Glasabschluß, pro Monat 24 M. per 1. April vermietbar.

Kanarien-Gähnen u. Hennen sind billig zu verkaufen Eisenbahnstr. 35, 4.

Wogelfänge. Große u. kleine zum Heden eignend, sehr billig zu verkaufen Augustenstr. 77, 2. St. B.

Dollkänd. Bett sehr gut erhalten, zu verkaufen. Wilhelmstr. 17.